

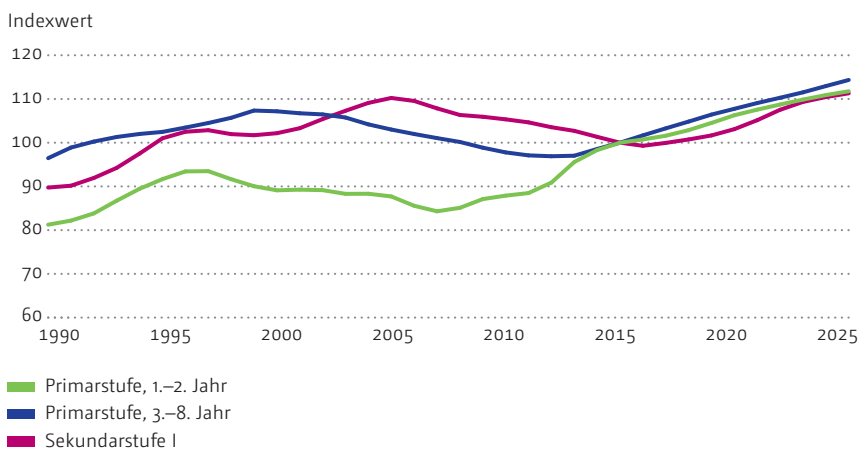
de la Suisse romande et du Tessin) dient (CIIP, 2007). In der Bilanz von 2015 zeigt die Convention scolaire romande, dass die regionale Zusammenarbeit zur flächendeckenden Einführung des Plan d'études romand (PER) und des Piano di studio della scuola dell'obbligo ticinese geführt hat. Weiter wurden eine Zusammenarbeit bezüglich der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen und eine Einigung bezüglich der Ziele, der Prioritäten und der Umsetzung der gemeinsamen Prüfungen (*épreuve romandes communes*) erreicht (CIIP, 2015).

Entwicklung der Schülerzahlen

Neben den strukturellen und institutionellen Veränderungen prägen laut den Prognosen des Bundesamts für Statistik (BFS) vor allem die demografischen Entwicklungen die obligatorische Schule. Seit 2017 steigt in der Schweiz insgesamt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler der obligatorischen Schulen an, und diese Entwicklung wird während mindestens zehn Jahren anhalten. Laut den aktuellen Zahlen wird es 2025 im 1. und 2. Jahr der Primarstufe im Referenzszenario gegenüber 2015 12% (20 000) mehr Schülerinnen und Schüler geben, vom 3. bis 8. Jahr der Primarstufe 14% (67 600) und auf der Sekundarstufe I ebenfalls 12% (29 000) mehr (→ Grafik 23). Die Entwicklungen sind nach Kanton stark unterschiedlich. In den Kantonen Basel-Stadt (22%) und Zürich (18%) steigen die Schülerzahlen gemäss Szenario am stärksten an, wogegen sie in Neuenburg (−0,5%) und Uri (−2%) voraussichtlich sinken werden (BFS, 2015b) (→ Kapitel Primarstufe, Seite 51).

23 Entwicklung der Schülerzahlen der obligatorischen Schule, 1990–2025, Referenzszenario, Index 2015 = 100

Daten: BFS



Nimmt man ein durchschnittliches Wachstum von 116 600 Volksschülerinnen und -schülern von 2015 bis 2025 an, hat dies zum einen Auswirkungen auf die Infrastruktur (Schulhäuser); zum andern wird auch der Bedarf an Lehrpersonen steigen. Rechnet man mit einem gleichbleibenden durchschnittlichen Beschäftigungsgrad der Lehrpersonen der obligatorischen Schule, werden im Jahr 2025 insgesamt rund 11 000 zusätzliche Lehrpersonen (7980 Vollzeitlehrstellen) benötigt – als Vergleichsgrösse: dies entspricht in etwa der doppelten Anzahl Absolventinnen und Absolventen der pädagogischen Hochschulen von 2015 (→ Kapitel Pädagogische Hochschulen,

Seite 247). Geht man zudem davon aus, dass circa 55 Prozent der Abgängerinnen und Abgänger der Sekundarstufe I sich für eine duale berufliche Grundbildung entscheiden, wäre man im Jahr 2025 auf rund 19 330 mehr Lehrstellen als im 2015 angewiesen (→ *Kapitel Berufliche Grundbildung*, Seite 115).

Herausforderungen für das Schweizer Bildungssystem

Aus den vielen verschiedenen Themen, die die Bildungspolitik und die Bildungsverwaltung derzeit beschäftigen, stechen zum einen Migrationsfragen und zum andern die Digitalisierung im Bereich der Bildung hervor.

Viele Studien zeigen seit Langem verschiedene Benachteiligungen von Migrantinnen und Migranten in der obligatorischen Schule auf – z.B. bei Eintritt in die Primarstufe oder bei den Übertritten (vermehrte Repetition der ersten Jahre der Primarstufe). Auch wenn diverse unterstützende Angebote für Migrantinnen und Migranten zur Verfügung stehen (z.B. Deutsch als Zweitsprache oder die Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur), erbringen Letztere geringere schulische Leistungen oder sind überproportional in Schultypen mit tieferen Anforderungen vertreten (*Cattaneo & Wolter, 2015; Meunier, 2011; Beck, Jäpel & Becker, 2010; Kronig, 2007*). Trotzdem können aufgrund des Migrationshintergrunds allein keine Aussagen über eine tatsächliche migrationsspezifische Benachteiligung gemacht werden, da sich Migrantinnen und Migranten von den einheimischen Schülerinnen und Schülern in vielen anderen Aspekten unterscheiden können, die einen Einfluss auf die schulische Laufbahn haben, wie der Ausbildungsstand der Eltern oder die zu Hause gesprochene Sprache. Häufig enthalten Statistiken aber nur einzelne dieser Informationen, weshalb manchmal unberechtigterweise der Migrationshintergrund und weniger der soziale Status oder die Bildungsnähe der Familie als Ursache für schulische Unterschiede identifiziert wird.

Migrantinnen und Migranten sind zudem eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe, nicht nur in Bezug auf die Dauer ihrer Anwesenheit in der Schweiz (Erstgeneration vs. Zweit-, Dritt- oder gar Viertgeneration), sondern auch auf die geografische Herkunft (Nachbarländer vs. geografisch und kulturell entfernte Herkunftsländer). Laut den schweizerischen Strukturhebungen weisen 32,2% der 15- bis 17-Jährigen einen Migrationshintergrund auf. Beschränkt man sich auf die Migrantinnen und Migranten der ersten Generation, reduziert sich die Zahl auf 13,9%. Betrachtet man hingegen nur die Nationalität der Jugendlichen, so sind 21,8% von ihnen Ausländerinnen oder Ausländer, wobei viele schon in der Schweiz geboren wurden. Die Beschaffung besserer statistischer Daten, die auch die Sprache, die kulturelle sowie die sozioökonomische Herkunft und die Anwesenheitsdauer im Land umfassen würden, wäre angezeigt, wenn man die Fragen der Integration von Migrantinnen und Migranten eingehender untersuchen möchte.

Schliesslich ist mit der Einwanderung schulpflichtiger minderjähriger Asylsuchender eine neue Herausforderung für das schweizerische Bildungswesen entstanden, die derzeit weder statistisch noch in Bezug auf die schulischen Leistungen und allfällige Probleme adäquat beschrieben werden kann. Ebenso ist es zweifelhaft, ob die Erfahrungen mit der Integration von Kindern, die mehrheitlich mit der Arbeitsmigration in die Schweiz gekommen sind, Aussagen zu den Herausforderungen erlauben, mit welchen man bei